

«Rheintal+»-Fusion:

Grundtendenzen zeichnen sich ab

Die 100 Mitglieder der acht Arbeitsgruppen des «Rheintal+»-Prozesses sind in der Propstei zum vierten Workshop zusammengekommen. Für viele der behandelten Dossiers sind wichtige Grundsatzentscheide gefallen. Eine (nicht vollständige) Übersicht.

WISLIKOFEN (tf) – Die Sitzungen der Arbeitsgruppen sind nicht öffentlich und finden ohne Beteiligung der Presse statt. Glaubt man jedoch der jüngsten Berichterstattung aus den Sitzungen, dann ist die Gesprächskultur unter den Mitgliedern sachlich, konstruktiv und sehr gut. Die Arbeitsgruppenleiter berichten, dass intensiv diskutiert wird und manchmal auch komplett auseinandergehende Meinungen aufeinandertreffen. Unter dem Strich hätten aber alle das gemeinsame Ziel – eine Auslegeordnung zu den Vor- und Nachteilen eines Zusammenschlusses – konstant vor Augen.

Deutlich zu spüren ist für den Ausenstehenden das gewachsene Vertrauen unter den rund 100 Arbeitsgruppenmitgliedern. Es ist, ähnlich wie seinerzeit im Falle der Regionalkonferenzen für die Tiefenlagerfrage, eine Art Community-Spirit entstanden. Die vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses im «Rheintal+»-Raum ist zur verbindenden Klammer geworden. Die Involvierten sind inzwischen tief im Thema drin und sattelfest geworden in den Dossiers; die Kennenlernphase haben sie definitiv hinter sich gelassen. Vermutlich kein schlechtes Signal ist, dass die Arbeitsgruppenmitglieder die Inputs der Bevölkerung, die im Rahmen der zwei Echogruppen-Workshops eingegangen sind, aufgenommen und (nochmals) diskutiert haben. Überzeugend ist, dass Arbeitsgruppen trotz allem vor klaren Statements nicht zurückschrecken und bereit sind, Stellung zu beziehen.

Einwohnerat keine Option

So hat die Gruppe «Behörden und Verwaltung», als Folge der Einwände der Echogruppe, die Option eines Einwohnerrats nochmals intensiv diskutiert – dies obschon die Arbeitsgruppe diese Variante bereits verworfen hatte. Allerdings ist die Arbeitsgruppe auch nach der neuerlichen Diskussion zum Schluss gekommen, dass ein Einwohnerrat kaum ein gangbarer Weg sein wird. Die Einführung eines Einwohnerrats sei mit der Abschaffung der Gemeindeversammlung verbunden und man könne sich nicht vorstellen, dass die Bevölkerung dies zu akzeptieren bereit sei.

Realistischer sei, in Ergänzung zum Gemeinderat, die Option eines beratenden Dörferrats, zu dem man sich in der Arbeitsgruppe aber noch intensiver beraten müsse. Man werde eine Extrasitzung einlegen, um zu prüfen, ob und wenn ja, welche Erfahrungen mit einem Dörferrat in der Schweiz bereits gemacht worden sind. Insgesamt, so das Schlussfazit der Gruppe, sehe man in einem Zusammen-



Im «Rheintal+»-Workshop fallen wichtige Grundsatzentscheide.

schluss zu einer Gemeinde mit nur noch einem Gemeinderat anstelle von zehn Gemeinderäten viele Chancen, sowohl was die Verfügbarkeit von Behördenmitgliedern als auch was den «frischen Wind» angeht, der von so einem neuen Gemeinderat ausgehen könnte. Als Risiko betrachtet man nach wie vor die Frage, wie alle Gemeinden im neuen Verbund angemessen politisch vertreten sein können. Ausserdem ist man überzeugt davon, dass es in der neuen Gemeinde eine Einbürgerungskommission bräuchte.

Schulstandort-Varianten im Vergleich

Mit verschiedenen Optionen hat sich im Rahmen des Workshops von letzter Woche auch die Gruppe «Schulwesen» befasst. Zur Diskussion stehen offenbar fünf Varianten zur Zukunft der Schulstandorte in einer allfälligen fusionierten Gemeinde. Die einschneidendste Variante wäre sicher, nur noch einen einzigen Schulstandort zu führen im ganzen Gebiet «Rheintal+», das Extrem in die andere Richtung wäre, vier Standorte aufrechtzuerhalten – in Bad Zurzach, Rekingen, Riethem und Weiach. Dazwischen liegen die Varianten mit nur zwei Standorten (Bad Zurzach und Rekingen) respektive mit drei Varianten (Bad Zurzach/Rekingen/Riethem oder Bad Zurzach/Rekingen/Weiach). Die Vorzüge und Nachteile der Varianten werden im Rahmen des nächsten Workshops, auf Basis einer Nutzwertanalyse, diskutiert. Einig ist man sich, dass es im Falle einer Fusion nur noch ein Dach, also einen Schulverband geben soll.

Erstmals wurde im Rahmen der Sitzung auch das Thema «Schüler aus Fisi-bach und Kaiserstuhl» andiskutiert – sachlich, aber intensiv, wie es aus der Gruppe hiess. Auch finanzielle Auswirkungen seien zur Sprache gekommen und vom Solidaritätsgedanken – in beide Richtungen – war ebenfalls die Rede.

Drei Namen, drei Wappen

Einen entscheidenden Schritt weitergekommen ist auch die Gruppe «Kultur/

Name/Wappen». Am 4. Workshop hat sie sich vorderhand vor allem mit der Kultur und den Bräuchen im «Rheintal+»-Raum auseinandergesetzt. Es wurde festgestellt, dass die Liste an kulturellen und vereinsinternen Anlässen lang ist und Brauchtum und Kultur einen wichtigen Stellenwert haben in den Gemeinden. Man sieht sie durch eine Fusion jedoch nicht direkt bedroht und ist der Meinung, dass viele der Anlässe weiterhin lokal durchgeführt werden sollen. Einführen würde die Gruppe eine regionale Kulturkommission und an der Idee eines regionalen Fests, einem «Zäme-Fäsch», wurde ebenfalls herumstudiert.

An der letzten Arbeitsgruppen-Sitzung war die Frage der Wappen und Namen kein Thema, es wurde jedoch kurz der Stand der Dinge vorgestellt. So werden mit der bevorstehenden grossen Umfrage der Bevölkerung im Mai drei Wappen vorgeschlagen, ausserdem drei Namen für die Bezeichnung der allfälligen Grossgemeinde.

Ein zentraler Werkhof

Die Arbeitsgruppe «Ortsbürgergemeinden/Forst/Werkhof/Abfall» kam noch einmal auf die Ergebnisse der Echogruppen-Sitzung zurück und berichtete von positiven Erlebnissen und von Problemen, die die Teilnehmer mit einem Zusammenschluss der Ortsbürgergemeinden überraschenderweise nicht hätten. Aktuell hat die Gruppe darum das Thema gewechselt und die Situation der Werkhöfe im Einzugsgebiet von «Rheintal+» diskutiert. Sie fasste zusammen, dass heute in Bad Zurzach neun Vollzeitstellen und in Kaiserstuhl und Rekingen je eine Vollzeitstelle mit Werkhofaufgaben betreut seien, die übrigen Aufgaben in kleineren Gemeinden würden mit kleinen Pensen und primär durch Landwirte sehr kostengünstig ausgeführt.

Geht es nach der Arbeitsgruppe, dann soll es künftig in einer fusionierten Gemeinde noch einen zentralen grossen Werkhof-Standort geben und zwar dort

wo am meisten Arbeit anfällt. In den kleineren Gemeinden sollen zwingend auch in Zukunft Werkgebäude betrieben werden und das heute mit den Werkhof-Aufgaben betreute Personal wolle man auch weiterhin beschäftigen. Durch die Zentralisierung rechnet man sich Chancen aus auf ein besser funktionierendes Stellvertreter-System und einen Zugang für alle Gemeinden zu teureren Spezialgeräten. Als Risiko beziehungsweise Unsicherheit steht nach wie vor die Befürchtung im Raum, dass mit einem grossen Werkhof die öffentlichen Räume und Strassen in der grossen Gemeinde besser unterhalten werden als abgelegene Strassen in Kleinstgemeinden.

Viele Dossiers auf Kurs

Zu den Dossiers der übrigen Arbeitsgruppen wurde jeweils nur kurz informiert. Dass heute zehn unterschiedliche Bau- und Nutzungsordnungen bestehen, ist laut der Gruppe «Entwicklung/BNO/Verkehr» kein Problem. Zum Thema sei viel Vorarbeit geleistet worden. In einer Vorabklärung für eine regionale Bauverwaltung aus dem Jahr 2016 seien die IST-Situation erfasst und ein Vergleich der BNO vorgenommen worden. Es habe sich gezeigt, dass die Mehrheit der BNOs kompatibel sei. Wenig Sorgen bereiten auch die meisten Dossiers der Gruppe «Versorgung/Entsorgung/Sicherheit». Zu den Themen Abwasser und Sicherheit seien von Spezialisten ausgezeichnete Analysen und Finanz- und Investitionspläne vorgelegt worden. Und in Sachen Strom könne vermutlich alles vorerst beim Alten bleiben, obwohl es in der Region durch die AEW betriebene Netze, durch Elektras betriebene Netze und durch Genossenschaften betriebene Netze gebe. Zu diskutieren geben werde jedoch die Frage der Wassergebühren.

Eine intensive und emotionale Diskussion läuft aktuell in der Gruppe «Finanzen/Liegenschaften/Landwirtschaft». Zu den belasteten Orten und notwendigen

Sanierungen sei die Übersicht erstellt worden, noch nicht zu Ende diskutiert worden sei aber die Frage des Pachtlandes, das die Landwirte im Auftrag der Gemeinden bewirtschaften. Nüchterner fiel das Fazit zur Frage der Finanzen aus: Hier sei nochmals in mehreren Extraschichten Aufwand betrieben worden, sodass nun ein Finanzbericht in einer Endfassung vorliege. Er werde, sobald er bei den Gemeindevorstehern die Runde gemacht habe, auf www.rheintalplus.ch aufgeschaltet.

Schliesslich wurde in der Gruppe «Freizeit/Vereine/Jugend/Alter» ange-regt die Frage einer möglichen Jugendpolitik der neuen Gemeinde diskutiert. Das Stichwort «Jugendparlament» fiel zwar nicht mehr, aber es wurde konstatiert, dass der Alltag der Jugend vielerorts eng an den Schulstandort geknüpft sei. Entsprechend niederschwellig müssten Jugendangebote ausgestaltet sein. Die Gruppe ist überzeugt, dass dies im Rahmen einer Grossgemeinde besser zu machen wäre.